

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 646 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Willy Brandt MdB zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs: Die europäische Friedensordnung hat Priorität. Seite 1

Manfred Opel MdB zum Erfordernis sofortiger Maßnahmen für diesen Lebensraum: Ein Plädoyer für die Rettung von Nord- und Ostsee. (Teil II und Schluß) Seite 3

Albrecht Müller MdB zu Bemerkungen von US-Präsident George Bush: Ruf nach Mauer-Abriß realitätswidrig. Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik: Einkommen und Leistung. Seite 6

44. Jahrgang / 155

15. August 1989

Die europäische Friedensordnung hat Priorität

Gedanken mit Blick auf den 1. September

Von Willy Brandt MdB
Ehrevorsitzender der SPD
Präsident der Sozialistischen Internationale

Die Besinnung auf den 1. September 1939, den Tag vor 50 Jahren, an dem die Nazi Herrschaft unter Adolf Hitler mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg beginnen ließ, zwingt dazu, die Irrwege europäischer Politik nachzuzeichnen, die in diesen grauvollen Konflikt mündeten. Sie zwingt dazu, der Millionen Opfer zu gedenken, die am Ende von Krieg, Okkupation und Massenmord zu beklagen waren. Im besonderen gebietet die Besinnung, sich an das Leid des polnischen Volkes zu erinnern, das die damals gerade zwanzig Jahre genossene Unabhängigkeit erneut verlor und auf fürchterliche Weise versklavt wurde.

Die Erinnerung macht aber nur dann Sinn, wenn zugleich Rechenschaft abgelegt wird über Lehren, die aus dem damals dem polnischen Volk zugefügten Unrecht gezogen wurden oder noch gezogen werden müssen: nämlich, daß in den spannungsbeladenen Beziehungen zwischen den Nachbarvölkern der Polen und der Deutschen ein Weg gesucht und gefunden wurde, der in eine bessere Zukunft weist. Und wo die Suche doch noch nicht genug war, muß sie wieder aufgenommen und zum verbesserten Abschluß gebracht werden.

Daß es kein leichter Weg sein konnte und kann, folgt aus den auch für die Deutschen spürbaren Folgen des vor 50 Jahren begonnenen Krieges. Millionen Deutsche mußten in einer von Opfern begleiteten Flucht ihre Heimat aufgeben. Diese wurde zum größeren Teil Polen zugewiesen, die - Spielball zwischen mächtigen Interessen - für Land entschädigt wurden, das sie ihrerseits abtreten mußten. Viele, auf beiden Seiten, glaubten so, Opfer zu sein; das macht es verständlich, warum die Hürden für ein Miteinander besonders hoch schienen; warum auf der deutschen Seite schon der Beginn des Dialogs über den gemeinsamen Weg in die Zukunft von vielen als Preisgabe von Rechten, wenn nicht als Verrat denunziert werden konnte. Und schließlich bedeuteten die mit dem Kriegsende vollzogenen ideologischen Neuorientierungen die Einbindung in entgegengesetzte militärische Allianzen, ein zusätzliches Erschwernis.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufverl. Liturg.
100 % aus dem Recycling
Recycling-Papier



Aber um den Frieden in Europa zu gewinnen und Grundlagen für eine neue, vertrauensvolle Nachbarschaft unter den Völkern unseres Kontinents zu begründen, durfte es keine unüberwindbaren Hürden geben. Mit dem Vertrag, der am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichnet wurde, haben wir miteinander ein Beispiel dafür gegeben. Der deutsch-polnische Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen hat in der Tat eine Brücke schlagen helfen zwischen unseren beiden Staaten und unseren Völkern. Rückblickend können wir feststellen, daß dieser Vertrag den Menschen in unseren Ländern zahlreiche neue Wege zueinander geöffnet hat.

Das entscheidende Element des deutsch-polnischen Vertrages war und bleibt die Feststellung, wo Polen seine Westgrenze gefunden hat. Ein klarer Standpunkt in der Grenzfrage bleibt die Grundlage unserer Beziehungen zu Polen - unsere westlichen Partner sehen das nicht anders. Wer Frieden in Europa will, darf Grenzen nicht in Frage stellen. Mehr noch: Er muß seinen Beitrag dazu leisten, die Basis des Vertrauens insbesondere zwischen Deutschen und Polen zu stärken und unseren Nachbarn die Gewißheit zu vermitteln, daß es irgendwelche geheimen Vorbehalte nicht gibt. Es ist verwerflich, wenn auf der einen oder auf der anderen Seite immer wieder mit Sehnsüchten der Menschen Schindluder getrieben wird.

Es bleibt dabei: Durch den von den Nazis angezettelten Zweiten Weltkrieg sind in Europa neue historische Fakten geschaffen worden. Und durch den Warschauer Vertrag wurde nichts preisgegeben, was nicht längst verspielt worden war.

Der Vertrag hat es hingegen ermöglicht, neue Beziehungen zu knüpfen. Polen und Deutsche begegneten sich wieder offener, und nicht wenige entwickelten nach und nach ein neues Verständnis füreinander. Dazu haben sicher die neuen Kooperationsformen zwischen den Regierungen und Parlamenten - auch zwischen der SPD und der PVAP - nicht wenig beigetragen.

Die vielen Reisen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland und von deutschen Bürgern in die Volksrepublik Polen sind ein erfreuliches Zeichen für das, was sich in der Folge des Vertrages - zusätzlich auch infolge des KSZE-Prozesses - verändert hat. Man braucht nicht die Nase deswegen zu rümpfen, weil es zum Teil „nur“ ökonomische Motive sind, die Nachbarn aus dem Osten zu uns kommen lassen. Verwerflich ist vielmehr, wenn viele von ihnen mit Hungerlöhnen abgespeist werden.

Es widerspricht Geist und Buchstaben des Vertrages vom Dezember 1970 und dient jedenfalls nicht der Aussöhnung, wenn man mit administrativen Barrieren Westreisen der Polen zu verhindern trachtet. Und es steht auch nicht im Einklang mit dem, zu was sich die deutsche Seite in Helsinki und Wien verpflichtet hat. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, welche Glaubwürdigkeit die Forderung nach einem deutsch-polnischen Jugendaustausch besitzt, wenn nicht menschliche und politische Maßstäbe den Ausschlag geben. Gerade auch die Gespräche über Schuldenregelung und Wirtschaftshilfe sollten im Geiste des Warschauer Vertrages geführt werden.

Einen dritten Weltkrieg unmöglich zu machen, das ist die Aufgabe der Entspannung, der sich nicht nur die beiden Supermächte, sondern vor allem auch die Europäer in Ost und West zu widmen haben. Die Arbeit an einer europäischen Friedensordnung hat Priorität. Unterschiede in der gesellschaftlichen Struktur und Bündnispflichten der einen wie der anderen Seite dürfen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nicht im Wege stehen.

Dabei ist natürlich von Interesse, was in dem jeweils anderen Land vor sich geht. Die mutigen Schritte zur Demokratisierung in Polen werden auf bundesdeutscher Seite mit freundlicher Aufmerksamkeit begleitet. Die Vereinbarungen des „Runden Tisches“ waren ein Sieg der Vernunft. Alle Beteiligten haben sich damit eine hohe Verantwortung auferlegt. Die Sympathie der Europäer sollte ihnen sicher sein.

Gerade wir in Deutschland sollten es an Aufgeschlossenheit, Hilfsbereitschaft und Willen zur Kooperation nicht mangeln lassen. Polen braucht heute Europa, aber Europa braucht auch Polen.

(-/15.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Ein Plädoyer für die Rettung von Nord- und Ostsee (Teil II und Schluß)

Zum Erfordernis sofortiger Maßnahmen für diesen Lebensraum

Von Manfred Opel MdB

Natürlich müssen auch die anderen europäischen Länder bedrängt werden, sich einem solchen Programm anzuschließen oder selbst etwas Vergleichbares möglichst rasch zu unternehmen. Wir dürfen aber nicht warten. Wir müssen uns bewußt selbst vor den Karren spannen und vorangehen. Dies hätte zugleich entscheidende Vorteile für unsere Wirtschaft. Erstens würden qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen und zweitens würden wir dann anwendungsreife Umwelttechnologie liefern können, wenn andere sie benötigen.

Selbstverständlich kostet ein solches Programm Geld, viel Geld. Doch noch wesentlich mehr würde es kosten, wenn wir weiter tatelos zuwarten. Und ausgestorbene Arten bringt keine Summe dieser Welt in den Kreis der Schöpfung zurück. Es ist gut, daß die Bundesregierung der DDR mit 300 Millionen DM hilft, ihre Umweltprobleme zu lösen. Das kommt auch Nordsee und Ostsee zugute. Doch bei uns läßt sie Kommunen und Länder im Stich. Dies ist unverantwortlich. Der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Schleswig-Holstein meinte, Geld dürfe keine Rolle spielen. Doch der Bundesumweltminister verweist nur auf das schlichte Strukturhilfeprogramm, dessen ursprünglicher Zweck die Entlastung der Kommunen von den Sozialhilfekosten war.

Was würde das Notprogramm kosten?

Insgesamt gilt das Verursacherprinzip uneingeschränkt: wer belastende Stoffe erzeugt, muß sie auch beseitigen. Wir müssen darüber hinaus den Schad- und Nährstoffeintrag in kürzester Frist praktisch völlig einstellen. Dafür müssen in bestimmten Fällen Anpassungs- und Umstellungshilfen gewährt werden. Außerdem müssen die gewaltigen Altlasten saniert werden. Dafür muß die Allgemeinheit aufkommen. Des weiteren müssen wir unseren Kommunen helfen, die gewaltigen Abwasser- und Abfallbeseitigungsprobleme möglichst rasch zu lösen. Schließlich muß das genannte Großforschungsprogramm finanziert werden.

Da es sich um ein nationales Programm handelt, muß der Bund den Löwenanteil übernehmen. Die Kommunen und Länder können nur im Rahmen ihrer eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten dazu beitragen. Die Gesamtkosten würden schätzungsweise 25 Milliarden DM betragen. Davon müßte der Staat etwa 15 Milliarden DM übernehmen, den Rest die Industrie und andere Verursacher. Das Programm würde etwa zehn Jahre dauern; mit Schwerpunkt in den ersten fünf Jahren.

Um keine Mißverständnisse entstehen zu lassen: Der Staat sollte nur dort helfen, wo das Verursacherprinzip nicht trägt oder nicht tragen kann. An eine finanzielle Entlastung, gleichsam eine „Belohnung“ für die Umweltverschmutzer ist keinesfalls zu denken. Wir müssen uns alle gemeinsam anstrengen: der Staat, die Wirtschaft, die Bürger. Verantwortlich aber für die Lösung der drängenden Probleme sind die Politiker, letztlich die Bundesregierung. Vergleicht man die Kosten allein mit den neuen Steuerentlastungsplänen des Finanzministers für 1990, so erkennt man, daß die Finanzierung für den Bund aus dem laufenden Haushalt in Wahrheit kein ernsthaftes Problem darstellt. Doch die Bundesregierung weigert sich beharrlich, ihre Pflicht zu tun.

Was enthält das Notprogramm konkret?

Neben den Aufgaben, die von den Verursachern, zum Beispiel Industrie, zu lösen sind, muß der Staat ganz konkret unter anderem folgende Maßnahmen finanzieren:

- Flächendeckende Kontrolle der Schutzvorschriften,
- Entsorgungseinrichtungen für Schiffe (möglichst standardisiert),

- Unterstützung für Kommunen, um den Schadstoffeintrag drastisch zu verringern beziehungsweise ganz zu vermeiden,
- Erleichterungen für kleine und mittlere Betriebe, um die Umweltbelastung rasch zu reduzieren,
- Erleichterungen für die Landwirtschaft, um insbesondere bei den bäuerlichen Familienbetrieben die Umstellung auf ökologischen Landbau wesentlich zu fördern (Abbau der Überschussproduktion und der Überdüngung),
- Erforschen und Beseitigen der riesigen Altlasten,
- Erforschen neuer Wege zur Abfallvermeidung, zum Recycling und zur Abfallbeseitigung,
- Konzentrierte, integrierte Nordseeforschung einschließlich Naturschutz, Ökologie und Küstenschutz,
- Prämien für Übererfüllung der Grenzwerte,
- Information der Bevölkerung, insbesondere vor Ort (Informationszentren),
- Aktives Betreiben und Unterstützung internationaler Aufklärungsarbeit.

Diese Maßnahmen sind nicht erschöpfend. Sie müssen von einer effektiven Managementorganisation durchgeführt werden.

Wie sollen die Kosten aufgebracht werden? Grundsätzlich handelt es sich beim „Notprogramm zur Rettung von Nord- und Ostsee“ um eine nationale Aufgabe und nicht um ein regionales Problem der Küstenbewohner. Deshalb muß der Bund zu seiner Verpflichtung stehen und das Programm auch finanzieren. Davor hat er sich bisher beharrlich gedrückt.

Ich schlage daher vor, daß wir Bürger uns selbst helfen. Geben wir auf zehn Jahre von jeder Telefoneinheit einen Pfennig ab für Nord- und Ostsee. Das reicht aus. Nordsee, Ostsee und unsere Kinder werden es uns danken.

Wenn Bonn nicht hilft, müssen wir Bürgerinnen und Bürger uns eben selbst helfen; als Notwehr gegen die Untätigkeit der Bonner Koalition.

(-/15.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Ruf nach Mauer-Abriß realitätswidrig

Zu Bemerkungen von US-Präsident George Bush

Von Albrecht Müller MdB

Der amerikanische Präsident George Bush hat am Jahrestag des Baus der Berliner Mauer wieder einmal dazu aufgerufen, die Mauer niederzureißen.

Das klingt sehr schön. Auch ich bin dafür: Die Mauer muß weg.

Diese Forderung kostet nichts. Sie klingt gut. Sie trägt bei zum Image eines Kämpfers für die Freiheit. Offenbar ist das der Hintergrund der wiederholten Forderungen des amerikanischen Präsidenten.

Mit der Realität unseres Landes haben diese Art von wohlfeilen Forderungen nichts mehr gemein. Sie werden mit der Zeit auch gefährlich, weil sie einfache Lösungen suggerieren, wo inzwischen ganz komplexe Probleme entstanden sind.

Wir werden heute nicht einmal mit dem Ansturm von DDR-Bürgern auf unsere Botschaft in Ungarn und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin fertig.

Wenn die Mauer abgerissen würde, wären jene, die am lautesten gerufen haben, die Mauer muß weg, unter den ersten, die Zugangsbeschränkungen für unsere Brüder und Schwestern fordern würden.

Die Bundesregierung tate gut daran, dem amerikanischen Präsidenten einmal mitzuteilen, wie die Gefühlslage der Nation wirklich ist.

(-/15.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Einkommen und Leistung

Zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Den Produktionsunternehmen in der Bundesrepublik geht es insgesamt gut. In einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kann man lesen, daß ihre Gewinne seit 1982 um 85 Prozent gestiegen sind und sich 1988 auf 300 Milliarden DM belaufen haben. Die Eigenkapitalrendite hat kräftig zugenommen.

Gegen Gewinne ist prinzipiell nichts einzuwenden.

Nur: Die Investitionen sind - zur Verwunderung vieler Ökonomen, die Theorien glauben und die Realität vernachlässigen - nicht in gleichem Maße gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht abgebaut worden.

Außerdem: Die Verteilungsgerechtigkeit hat sehr gelitten. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen ist in den Jahren seit der Wende drastisch gesunken. Der Einkommensanteil von Unternehmen und Vermögensbesitzern ist in den letzten Jahren um ein knappes Viertel gestiegen.

Nun liegt die Macht, sagen viele Theorien, immer mehr in der Hand von Managern und nicht in den Händen der Kapitaleigner. Das muß sich wohl auch an den Einkommen ablesen lassen.

Neuerdings gibt es da etwas mehr Transparenz und man sieht: Spitzenmanager sind Millionäre. Nicht Vermögensmillionäre, sondern Einkommensmillionäre. Die Spitzenangestellten in den Vorständen der großen Unternehmen bringen es auf über eine Million „Gehalt“ pro Jahr, mit Aufsichtsratsmandaten kann es in einzelnen Fällen auch noch die eine oder andere mehr sein.

Das Merkwürdige ist: Denen hat die Regierungskoalition die Steuern um einen Betrag gesenkt, den schlechtbezahlte Arbeitnehmer nicht einmal insgesamt als Brutto verdienen.

Damit Leistung sich wieder lohnt, war die Begründung.

Ob man das bei den Investitionen merken wird?

(-/15.8.1989/vo-he/rs)

* * *